

Berliner Handbücher

Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens

Systematische Gesamtdarstellung
mit zahlreichen Beispielen und Mustertexten

von

Prof. Dr. Otto Ernst Krasney

Vizepräsident des Bundessozialgerichts a.D.

Prof. Dr. Peter Udsching

Vorsitzender Richter am Bundessozialgericht a.D.

und

Dr. Andy Groth

Richter am Landessozialgericht Schleswig-Holstein

7., völlig neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnd.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
ESVinfo/978 3 503 17036 4

Bearbeiter

Groth	Kapitel VIII und XII
Krasney	Kapitel I, II und IX bis XI, XIII
Udsching	Kapitel III, IV und VII
Udsching und Groth	Kapitel V und VI
Zitervorschlag	Hdb SGG – (Bearbeiter) I Rn. 24

Paragrafen ohne Angabe des Gesetzes beziehen sich auf das SGG, jedoch ist die Bezeichnung dieses Gesetzes hinzugefügt, wenn sich durch die unmittelbar vorangehende oder folgende Zitierung anderer Gesetze sonst Unklarheiten ergeben könnten.

Innerhalb der einzelnen Kapitel wird auf Randnummern ohne Kapitelhinweis verwiesen. Den Verweisungen auf Randnummern anderer Kapitel ist die Nummer des Kapitels vorangestellt.

1.–2. Auflage erschienen in der Verlagsgruppe Jehle Rehm

3. Auflage 2002
4. Auflage 2005
5. Auflage 2008
6. Auflage 2011
7. Auflage 2016

ISBN 978 3 503 17036 4
ISSN 1865-4185

Alle Rechte vorbehalten

© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2016
www.ESVinfo

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Bibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der 9/11 Punkt Stempel Garamond

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Kösel, Altusried-Krugzell

Vorwort zur 7. Auflage

Erneut haben zahlreiche Änderungen des SGG in 16 Gesetzen, aber auch zahllose Änderungen im materiellen Sozialrecht, dessen Problemschwerpunkte in der forensischen Praxis vor allem in den stets begrüßten Beispielen und Schriftsatzmustern behandelt werden, eine Neuauflage des Handbuchs erforderlich gemacht. In der siebten Auflage sind wiederum zwischenzeitlich eingetretene Änderungen eingearbeitet und vertieft dargestellt, etwa beim vorläufigen Rechtsschutz, dem Kostenrecht und der Prozesskostenhilfe. Alle Kapitel des Buches sind überarbeitet sowie vor allem in den im Vorwort zur ersten Auflage aufgeführten und weiterhin beibehaltenen Schwerpunkten erweitert. Neue Entscheidungen und Literatur sind berücksichtigt. Als weiterer Mitautor konnte Herr Richter am LSG Dr. Andy Groth gewonnen werden.

Die Verfasser danken für die Anregungen aus dem Leserkreis und bitten weiterhin auch insoweit um freundliche Begleitung des Buches.

Im Mai 2016

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching
Dr. Andy Groth

Vorwort

Das Buch soll eine Hilfe bei der Durchführung eines sozialgerichtlichen Verfahrens in allen drei Instanzen sein. Es will den Beteiligten und ihren Prozessbevollmächtigten in erster Linie rechtliche und auch tatsächliche Besonderheiten dieses Verfahrens näherbringen und die von der Rechtsprechung eingeschlagenen Wege aufzeigen. Verfahrensrechtliche Fragen werden auch anhand von Beispielen aus den einzelnen Gebieten des Sozialrechts Lösungen zugeführt. Eine systematische Darstellung des Sozialgerichtsprozesses wurde dagegen ebenso wenig angestrebt wie eine wissenschaftliche Auflistung und Diskussion der Zweifelsfragen.

Die für die praktische Handhabung erforderliche Beschränkung des Umfangs erzwang aber auch – vor allem für die Darstellung des Verfahrens in erster und zweiter Instanz – eine Beschränkung in der Auswahl und Vertiefung der Schwerpunkte. Ebenso musste allgemein auf umfangreiche Literaturnachweise verzichtet werden, die jedoch in den jeweils zitierten und auch unter diesem Gesichtspunkt ausgewählten Schrifttumsnachweisen zu finden sind. Nur so war es möglich, die zugleich in praxisrelevante Bereiche des materiellen Sozialrechts einführenden Muster und Beispiele einzuschieben.

Auf Anregungen und Kritik sind die Verfasser angewiesen und danken hierfür im Voraus.

Im Mai 1991

Dr. Otto Ernst Krasney
Dr. Peter Udsching

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 7. Auflage	V
Vorwort	VI
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
I. Kapitel	
Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum	1
II. Kapitel	
Gerichtsverfassung	9
III. Kapitel	
Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens	45
IV. Kapitel	
Das Klagesystem	111
V. Kapitel	
Der Vorläufige Rechtsschutz	159
VI. Kapitel	
Die Verfahrensbeteiligten	187
VII. Kapitel	
Das erstinstanzliche Verfahren	221
VIII. Kapitel	
Das Berufungsverfahren	287
IX. Kapitel	
Revision	323
X. Kapitel	
Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge, Verzögerungsrüge	483
XI. Kapitel	
Wiederaufnahme des Verfahrens	507
XII. Kapitel	
Kosten	531
XIII. Kapitel	
Vollstreckung	601

Inhaltsübersicht

Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens in Schlagworten	611
Sozialgerichtsgesetz (SGG).....	619
Stichwortverzeichnis	679

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 7. Auflage	V
Vorwort	VI
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

I. KAPITEL

Gesetzliche Grundlagen, Schrifttum

1. Gesetzliche Grundlagen	1
2. Schrifttum, Entscheidungssammlungen	6

II. KAPITEL

Gerichtsverfassung

1. Gerichtsbarkeit und Richteramt, Gerichte	9
2. Rechtsweg	12
2.1 Zulässigkeit des Rechtsweges	12
2.2 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten i. S. des § 51	12
2.2.1 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten nicht verfassungsrechtlicher Art	12
2.2.2 Den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit nach § 51 Abs. 1 und 2 zugewiesene öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	13
2.2.2.1 Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	14
2.2.2.2 Nach § 51 zugewiesene öffentlich-rechtliche Streitigkeiten	18
2.2.2.3 In anderen Gesetzen als dem SGG besonders zugewiesene Angelegenheiten	21
2.2.3 Einzelfälle aus Rechtsprechung und Schrifttum	22
2.3 Entscheidung über den Rechtsweg	37
2.3.1 Vorrang der Rechtswegentscheidung; Prioritätsgrundsatz	37
2.3.2 Positiver Kompetenzkonflikt	38
2.3.3 Negativer Kompetenzkonflikt	41
2.3.3.1 Umfang der Bindung	41
2.3.3.2 Verweisung	41

III. KAPITEL

Allgemeine Grundsätze des sozialgerichtlichen Verfahrens

1. Amtsbetrieb und Konzentrationsmaxime	45
2. Amtsermittlungs- oder Untersuchungsgrundsatz	46
2.1 Allgemeines	46

2.2	Umfang der Amtsermittlungspflicht.....	48
2.2.1	Beweisanträge der Beteiligten	48
2.2.2	Mitwirkung der Beteiligten	49
2.2.2.1	Fehlende Mitwirkung bei ärztlicher Begutachtung.....	49
2.2.2.2	Folgen fehlender Mitwirkung	50
3.	Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs	50
4.	Das Beweisverfahren	54
4.1	Allgemeine Grundsätze	54
4.2	Beweismittel.....	55
4.3	Die Beweiserhebung.....	57
4.3.1	Allgemeine Grundsätze	57
4.3.2	Beweiserhebung ohne Beweisbeschluss	57
4.3.3	Unmittelbarkeit der Beweisaufnahme.....	57
4.3.3.1	Begrenzte Zulässigkeit einer Zurückverweisung an die Verwaltung.....	59
4.3.3.2	Übernahme von Tatsachenfeststellungen aus Sachverständigen- gutachten	59
4.3.3.3	Wiederholte Zeugenvernehmung.....	60
4.4	Einzelheiten der Beweiserhebung durch Sachverständigen- gutachten	61
4.4.1	Notwendigkeit einer Beweiserhebung	61
4.4.1.1	Auswertung vorliegender Gutachten	62
4.4.1.2	Einwände des Klägers.....	63
4.4.1.3	Sachverständigengutachten ohne Aktenkenntnis.....	64
4.4.1.4	Gutachten aus einem anderen Rechtsstreit	64
4.4.1.5	Gutachten mit widersprechenden Ergebnissen	65
4.4.2	Durchführung des Sachverständigenbeweises	66
4.4.2.1	Rechtsgrundlagen	66
4.4.2.2	Auswahl des Sachverständigen	66
4.4.2.3	Auswahl eines bestimmten Arztes	67
4.4.2.4	Einwände gegen das schriftliche Gutachten.....	69
4.4.2.5	Mündliches Gutachten durch den Sachverständigen im Termin..	70
4.4.3	Gutachten nach § 109	72
4.4.3.1	Allgemeines	72
4.4.3.2	Ablehnung des Antrags, Frist für die Antragstellung	73
4.4.3.3	Formulierung des Beweisthemas.....	75
4.4.3.4	Auswahl eines bestimmten Arztes	75
4.4.3.5	Kosten der Beweiserhebung nach § 109.....	77
4.4.3.6	Antrag auf Einholung eines Gutachtens nach § 109 SGG.....	79
4.4.3.7	Antrag auf Übernahme der Kosten des Gutachtens nach § 109 SGG.....	80
4.4.4	Privatgutachten	81
4.4.5	Inhalt der Beweisanordnung	81
4.4.5.1	Festlegung des Beweisthemas	82
4.4.5.2	Vorgabe von Anknüpfungstatsachen.....	82

4.4.5.3	Typische beweisbedürftige Tatsachen als Gegenstand des Sachverständigenbeweises	83
4.5	Beweisanforderungen	96
4.6	Beweisschwierigkeiten	98
4.7	Beweiswürdigung	99
4.7.1	Grundsatz	99
4.7.2	Verstoß gegen allgemeine Erfahrungssätze	99
4.7.3	Unterlassene oder vorweggenommene Beweiswürdigung	99
4.7.4	Außerachtlassen des Gesamtergebnisses des Verfahrens	100
4.7.5	Fehlerhafte Beweiswürdigung bei widersprechenden Gutachten...	100
4.8	Das Beweissicherungsverfahren	101
5.	Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen	102
5.1	Ausschließungsgründe	102
5.2	Besorgnis der Befangenheit	103
5.3	Verfahren bei der Ablehnung	104
5.4	Ablehnung des Sachverständigen	105
6.	Unterbrechung, Aussetzung und Ruhen des Verfahrens	106
7.	Änderungen des Prozessrechts im laufenden Verfahren	109

IV. KAPITEL
Das Klagesystem

1.	Allgemeines	111
2.	Isolierte Anfechtungsklage	112
3.	Verpflichtungsklage	117
4.	Vorverfahren bei Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	122
4.1	Allgemeines	122
4.2	Ausnahmen von der Vorverfahrenspflicht	123
4.2.1	Fehlendes Vorverfahren kraft Gesetzes	123
4.2.2	Fehlendes Vorverfahren in anderen Fällen	123
4.2.3	Besonderheiten des Vertragsarztrechts	124
4.3	Einleitung und Auswirkungen des Widerspruchsverfahrens	125
4.3.1	Form der Einlegung des Widerspruchs	125
4.3.2	Widerspruchsfrist	125
4.3.3	Aufschiebende Wirkung des Widerspruchs	126
4.3.4	Aussetzung der Vollziehung und Anordnung der aufschiebenden Wirkung	129
4.3.5	Einbeziehung neuer Verwaltungsakte gemäß § 86 Abs. 1	129
4.3.6	Verbot der reformatio in peius	130
4.3.7	Inhalt und Bekanntgabe des Widerspruchsbescheids	130
4.3.8	Kosten des Widerspruchsverfahrens	131
5.	Untätigkeitsklage	133

6.	Leistungsklage	137
6.1	Besonderheit in der privaten Pflegeversicherung: Mahnverfahren.	139
7.	Die kombinierte Anfechtungs- und Leistungsklage	141
8.	Feststellungsklage	147
8.1	Gegenstand der Feststellungsklage	147
8.2	Spezielle Regelungen der Feststellungsklage	149
8.3	Feststellungsinteresse	151
8.4	Subsidiarität der Feststellungsklage	152
8.5	Kombinierte Anfechtungs- und Feststellungsklage	153
8.6	Kombinierte Anfechtungs-, Leistungs- und Feststellungsklage ..	155
9.	Fortsetzungsfeststellungsklage	156
10.	Sozialgerichtliche Normenkontrolle	157

V. KAPITEL

Der Vorläufige Rechtsschutz

1.	Bedeutung des vorläufigen Rechtsschutzes	159
2.	Arten des vorläufigen Rechtsschutzes	160
3.	Rechtsentwicklung	160
4.	Kodifizierung des vorläufigen Rechtsschutzes im 6. SGG-ÄndG	161
4.1	Allgemeine Grundsätze des vorläufigen Rechtsschutzes	161
4.2	Vorläufiger Rechtsschutz unabhängig von Erfolgsaussichten in der Hauptsache	162
5.	Ausschluss der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	163
5.1	Entscheidung über Versicherungspflichten, Anforderung von Beiträgen	163
5.2	Entziehung oder Herabsetzung laufender Leistungen	164
5.3	Ausschluss durch Bundesgesetz	165
5.4	Anordnung der sofortigen Vollziehung durch die Behörde	167
5.4.1	Zeitpunkt und Dauer der Vollzugsanordnung	167
5.4.2	Voraussetzungen der Vollzugsanordnung	167
6.	Aussetzung der Vollziehung/Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	168
6.1	Aussetzung durch die Verwaltung	168
6.2	Anordnung der aufschiebenden Wirkung durch das Gericht	168
6.2.1	Maßstab der gerichtlichen Entscheidung	169
6.2.1.1	Summarische Prüfung	169
6.2.1.2	Interessenabwägung	169
6.3	Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	170
6.4	Vorläufiger Rechtsschutz in Anfechtungssachen in Fällen der Existenzsicherung	170

7.	Vorläufiger Rechtsschutz in Vornahmesachen	172
7.1	Rechtsentwicklung.....	172
7.2	Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	172
7.3	Inhalt der einstweiligen Anordnung	176
7.4	Vollziehung der einstweiligen Anordnung	177
8.	Allgemeine Prozessvoraussetzungen im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes	177
8.1	Antrag	177
8.2	Rechtsschutzbedürfnis	178
8.3	Weitere Verfahrensfragen	178
8.4	Erstattungs- und Schadensersatzansprüche	179
8.5	Kosten und Gebühren	180
9.	Spezielle Regelungen des vorläufigen Rechtsschutzes	180
9.1	Einstweilige Anordnung in Wahlangelegenheiten der Selbstverwaltungsorgane	180
9.2	Einstweilige Anordnungen gegen Feststellungen des Neutralitätsausschusses	180
9.3	Einstweilige Anordnung gegen Vollstreckung aus Urteilen und Beschlüssen	180
10.	Vorläufiger Rechtsschutz im Berufungsverfahren	181
11.	Schriftsatzmuster zum vorläufigen Rechtsschutz	181
11.1	Mit der Klage verbundener Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	181
11.2	Isolierter Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung ..	183
11.3	Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung und auf Erlass einer einstweiligen Anordnung in Angelegenheiten der Grundsicherung für Arbeitsuchende	184

VI. KAPITEL
Die Verfahrensbeteiligten

1.	Allgemeines	187
2.	Streitgenossenschaft	188
3.	Beiladung	188
3.1	Allgemeines	188
3.2	Arten der Beiladung	189
3.3	Verfahren	194
3.4	Beiladung in Massenverfahren	195
3.5	Auswirkungen der Beiladung	196
3.6	Rechtsmittelbefugnis des Beigeladenen	197
3.7	Beiladungsantrag	198
4.	Prozessfähigkeit	199
5.	Prozessführungsbefugnis	201

6.	Prozessbevollmächtigte und Beistände	202
6.1	Allgemeines	202
6.2	Ausschluss von Bevollmächtigten	203
6.3	Schriftliche Vollmacht	204
6.4	Auswirkungen einer Bevollmächtigung	205
6.5	Beistände	206
7.	Der besondere Vertreter	206
8.	Prozesskostenhilfe	207
8.1	Rechtsgrundlagen und Bedeutung im sozialgerichtlichen Verfahren	208
8.2	Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens	208
8.3	Voraussetzungen der PKH-Bewilligung	209
8.3.1	Wirtschaftliches Unvermögen	209
8.3.2	Hinreichende Erfolgsaussicht	210
8.3.3	Mutwilligkeit der Rechtsverfolgung	211
8.4	Beordnung eines Anwalts	211
8.5	Verfahrensrechtliche Fragen der PKH	214
8.5.1	Zeitpunkt der Antragstellung	214
8.5.2	Entscheidung des Gerichts	215
8.5.3	Rechtsmittel	217
8.6	Beschwerde gegen PKH-Beschluss des SG	218

VII. KAPITEL

Das erstinstanzliche Verfahren

1.	Die Klageerhebung	221
1.1	Form der Klageerhebung	221
1.2	Inhalt der Klageschrift	222
1.3	Klagefrist	224
1.4	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	225
1.4.1	Anwendungsbereich	225
1.4.2	Fristversäumnis ohne Verschulden	226
1.4.3	Verschulden bei Vertretung	226
1.4.4	Verschulden bei juristischen Personen des öffentlichen Rechts ..	227
1.4.5	Einzelfragen zum Verschulden	227
1.4.6	Verfahren bei Wiedereinsetzung	228
1.4.7	Entscheidung und Rechtsmittel	229
1.5	Zuständiges SG	229
1.5.1	Örtliche Zuständigkeit	229
1.5.1.1	Grundregel	229
1.5.1.2	Sitz, Wohnsitz, Aufenthalts- und Beschäftigungsort	230
1.5.1.3	Ausnahmen	231
1.5.1.4	Bestimmung des zuständigen Gerichts durch das nächsthöhere ..	232
1.5.2	Sachliche Zuständigkeit	232
1.5.3	Verweisung wegen Unzuständigkeit	234

1.6	Wirkungen der Klageerhebung.....	235
1.6.1	Rechtshängigkeit.....	235
1.6.1.1	Eintritt der Rechtshängigkeit.....	235
1.6.1.2	Folgen der Rechtshängigkeit.....	235
1.6.1.3	Ende der Rechtshängigkeit.....	236
1.6.2	Suspensiveffekt im engeren Sinn.....	236
1.6.3	Aufschiebende Wirkung der Klage.....	237
1.7	Gegenstand des Rechtsstreits.....	237
1.7.1	Allgemeines.....	237
1.7.2	Dispositionsgrundsatz.....	237
1.7.3	Streitgegenstand bei den einzelnen Klagearten.....	238
1.7.4	Klageänderung.....	239
1.7.4.1	Änderung des Klageantrags.....	240
1.7.4.2	Änderung des Klagegrundes und Beteiligtenwechsel.....	240
1.7.4.3	Sachdienlichkeit der Klageänderung.....	241
1.7.4.4	Vorliegen der Sachurteilsvoraussetzungen.....	241
1.7.4.5	Klageänderung in den Rechtsmittelinstanzen.....	242
1.7.4.6	Entscheidung über die Klageänderung.....	242
1.7.5	Einbeziehung neuer Verwaltungsakte.....	243
1.7.5.1	Voraussetzungen.....	243
1.7.5.2	Auswirkungen des § 96.....	246
1.7.5.3	Anwendung des § 96 in den Rechtsmittelinstanzen.....	247
1.7.5.4	Fehlerhafte Behandlung des Folgebescheides.....	247
1.7.6	Der maßgebende Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage.....	248
1.7.7	Nachschieben von Gründen.....	250
1.8	Die Widerklage.....	251
1.9	Klagehäufung.....	251
1.10	Verbindung und Trennung von Verfahren.....	251
2.	Das vorbereitende Verfahren.....	252
2.1	Übersendung der Klageschrift an die übrigen Beteiligten.....	252
2.2	Hinweispflichten des Vorsitzenden.....	253
2.3	Gewährung von Akteneinsicht – § 120.....	254
2.4	Vorbereitende Schriftsätze.....	255
2.5	Elektronische Dokumente.....	256
2.6	Maßnahmen zur Aufklärung des Sachverhalts.....	257
2.6.1	Das Verfahren.....	257
2.7	Zurückweisung verspäteten Vorbringens.....	259
2.7.1	Der Erörterungstermin.....	260
2.7.2	Rückverweisung an die Verwaltung.....	261
2.8	Terminierung und Ladung zur mündlichen Verhandlung.....	262
3.	Die mündliche Verhandlung.....	265
3.1	Bedeutung der mündlichen Verhandlung.....	265
3.2	Verzicht auf die mündliche Verhandlung.....	265
3.3	Ablauf der mündlichen Verhandlung.....	266

Inhaltsverzeichnis

3.3.1	Formulierung der Anträge	267
3.3.2	Beweiserhebung in der mündlichen Verhandlung	267
3.3.3	Schließung der mündlichen Verhandlung	268
3.3.4	Abwesenheit eines oder mehrerer Beteiligter	268
3.3.5	Grundsatz der Öffentlichkeit	269
3.4	Einsatz von Videokonferenzen	269
4.	Der Abschluss des Verfahrens	270
4.1	Ohne gerichtliche Entscheidung	270
4.1.1	Klagerücknahme	270
4.1.2	Anerkenntnis	273
4.1.2.1	Kostenregelung beim Anerkenntnis	274
4.1.2.2	Anerkenntnisurteil	274
4.1.3	Vergleich	275
4.1.3.1	Verfügungsbefugnis über den Gegenstand der Klage	275
4.1.3.2	Vergleich unter Widerrufsvorbehalt	276
4.1.3.3	Anfechtung des Vergleichs	276
4.1.3.4	Kostenfolge beim Vergleich	276
4.2	Gerichtsbescheid	277
4.2.1	Voraussetzungen	277
4.2.2	Rechtsmittel	279
4.3	Urteil	280
4.3.1	Arten der Urteile	280
4.3.2	Urteile nach mündlicher Verhandlung oder im schriftlichen Verfahren	281
4.3.3	Begründung des Urteils	283
4.3.4	Zustellung von Urteilen	284
4.3.5	Nachträgliche Änderung des Urteils	284
4.3.5.1	Berichtigung offenkundiger Unrichtigkeiten	284
4.3.5.2	Tatbestandsberichtigung	284
4.3.5.3	Urteilsergänzung	285
4.4	Die Wirkungen des Urteils	286

VIII. KAPITEL Das Berufungsverfahren

1.	Rechtsentwicklung	287
2.	Systematik der Berufsungsregelungen	288
3.	Beschwer des Berufungsklägers	288
4.	Beschränkungen der Statthaftigkeit der Berufung	289
4.1	Allgemeine Grundsätze	289
4.2	Geld-, Dienst- oder Sachleistung	290
4.2.1	Geldleistung	290
4.2.2	Dienst- oder Sachleistung	291
4.3	Erstattungsstreitigkeiten	291

Inhaltsverzeichnis

4.4	Wert des Beschwerdegegenstandes	292
4.4.1	Verfahren	293
4.4.2	Berechnung des Wertes	293
4.4.3	Maßgebender Zeitpunkt für die Beurteilung des Wertes	293
4.5	Statthaftigkeit bei wiederkehrenden und laufenden Leistungen . .	294
4.5.1	Wiederkehrend oder laufend	294
4.5.2	Leistungen für mehr als ein Jahr	295
4.5.3	Erstattungsstreitigkeiten	295
5.	Zulassung der Berufung	296
5.1	Zulassungsgründe	296
5.1.1	Grundsätzliche Bedeutung (§ 144 Abs. 2 Nr. 1)	297
5.1.2	Abweichung von Entscheidungen übergeordneter Gerichte (§ 144 Abs. 2 Nr. 2)	297
5.1.3	Verfahrensfehler (§ 144 Abs. 2 Nr. 3)	298
5.1.4	Häufige Verfahrensfehler	299
5.2	Die Berufungszulassung als Nebenentscheidung im Urteil des SG	301
5.3	Fehlende Zulassungsentscheidung	302
5.4	Negative Zulassungsentscheidung bei statthafter Berufung	303
5.5	Nichtzulassungsbeschwerde	303
5.5.1	Form und Frist	304
5.5.2	Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung	305
5.5.3	Keine Abhilfe durch das SG	306
5.5.4	Entscheidung durch das LSG	307
6.	Durchführung des Berufungsverfahrens	307
6.1	Einlegung der Berufung	307
6.1.1	Berufungsfrist	307
6.1.2	Form der Berufung	308
6.1.3	Berufungsschrift mit Begründung der Berufung	310
6.2	Das Verfahren	312
6.3	Wirkungen der Berufung	315
6.4	Abschluss des Berufungsverfahrens	316
6.4.1	Berufungsrücknahme	316
6.4.2	Urteil oder Beschluss	316
6.4.2.1	Beschluss bei unzulässiger Berufung	318
6.4.2.2	Beschluss bei unbegründeter Berufung	318
6.4.2.3	Begründungserleichterung im Urteil	319
6.5	Anschlussberufung und Verschlechterungsverbot	320

IX. KAPITEL

Revision

1.	Weiteres Rechtsmittel	323
2.	Zulassung der Revision	324

3.	Zulassung durch das LSG	325
3.1	Ausspruch der Zulassung	325
3.2	Umfang der Zulassung	326
3.3	Zulassungsgründe	328
3.4	Bindung des BSG an die Zulassung und Nichtzulassung	328
4.	Zulassung durch das SG – sog. Sprungrevision	330
4.1	Zulassungsvoraussetzung	330
4.2	Ausspruch der Zulassung	331
4.2.1	Zulassung durch Urteil	331
4.2.2	Zulassung durch Beschluss	332
4.3	Umfang der Zulassung	336
4.4	Zulassungsgründe	336
4.5	Bindung des BSG an die Entscheidung des SG	336
4.6	Einlegung der Sprungrevision	337
4.7	Wirkung der Zustimmung und Einlegung sowie Ablehnung der Sprungrevision	337
5.	Zulassung durch das BSG – Nichtzulassungsbeschwerde	338
5.1	Allgemeines	339
5.2	Zulassungsgründe	340
5.2.1	Allgemeines	340
5.2.2	Grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache	344
5.2.3	Divergenz	353
5.2.4	Verfahrensmangel	358
5.2.4.1	Mängel des gerichtlichen Verfahrens vor dem LSG	359
5.2.4.2	Einzelbeispiele	361
5.2.4.3	Beschränkungen der Verfahrensrügen im Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde nach § 160 Abs. 2 Nr. 3	372
5.2.4.4	Geltendmachung des Verfahrensmangels	379
5.2.4.5	Vorliegen des Verfahrensmangels	379
5.2.4.6	Beruhen der Entscheidung auf dem Verfahrensmangel	380
5.3	Einlegung der Nichtzulassungsbeschwerde	381
5.3.1	Vertretungszwang, Schriftform	381
5.3.2	Bezeichnung der Beschwerde	383
5.3.3	Beschränkung auf einen prozessual selbstständigen Teil des Streitgegenstandes	383
5.3.4	Einlegung beim BSG; Urteilsabschrift	384
5.3.5	Beschwerdefrist	384
5.3.6	Begrenzung der Tätigkeit eines Prozessbevollmächtigten auf die Einlegung der Beschwerde bei gleichzeitigem Prozesskostenhilfeantrag	386
5.3.7	Rücknahme der Beschwerde	387
5.3.8	Anschlussbeschwerde	387
5.4	Begründung der Nichtzulassungsbeschwerde	388
5.4.1	Begründungszwang; Vertretungszwang; Frist	388
5.4.2	Darlegung und Bezeichnung der Zulassungsgründe	392

5.4.2.1	Darlegung der grundsätzlichen Bedeutung.....	393
5.4.2.2	Bezeichnung der Divergenz	401
5.4.2.3	Bezeichnung des Verfahrensmangels	405
5.5	Begründetheit der Nichtzulassungsbeschwerde	414
5.6	Entscheidung des BSG	415
6.	Revisionsverfahren	418
6.1	Vertretungszwang	418
6.1.1	Sachlicher Umfang des Vertretungszwangs	419
6.1.2	Dem Vertretungszwang unterliegende Beteiligte	421
6.1.3	Vertretungsbefugnis	423
6.2	Revisionseinlegung	429
6.2.1	Revisionsfrist	429
6.2.2	Revisionschrift	432
6.2.3	Zustimmungserklärung des Gegners für die Sprungrevision	433
6.3	Revisionsbegründung	437
6.3.1	Revisionsbegründungsfrist	437
6.3.2	Begründung	439
6.3.2.1	Verletzung einer Rechtsnorm	439
6.3.2.2	Revisibles Recht	442
6.3.2.3	Bindung an die tatsächlichen Feststellungen	447
6.3.2.4	Revisionsantrag	450
6.3.2.5	Bezeichnung der verletzten Rechtsnorm	452
6.3.2.6	Bezeichnung des Verfahrensmangels	458
6.3.2.7	Unterschrift	466
6.4	Anschlussrevision	466
7.	Verfahren vor dem BSG	468
7.1	Revisionsverfahren	468
7.2	Verfahren vor dem BSG in erster und letzter Instanz	470
8.	Entscheidung des BSG	471
8.1	Unzulässige Revisionen	471
8.2	Unbegründete und begründete Revisionen	473
8.2.1	Unbegründete Revisionen	473
8.2.2	Begründete Revisionen	475
8.3	Unterschriften der Richter	482

X. KAPITEL

Beschwerde, Erinnerung, Anhörungsrüge, Verzögerungsrüge

1.	Beschwerde	483
1.1	Statthaftigkeit	483
1.1.1	Entscheidungen des SG oder des Vorsitzenden	483
1.1.2	Entscheidungen des LSG, dessen Vorsitzenden oder des Berichterstatters	485
1.1.3	Nicht statthafte Beschwerden	485
1.2	Einlegung der Beschwerde	488

1.2.1	Beschwerdefrist	488
1.2.2	Beschwerdeschrift	490
1.3	Aufschiebende Wirkung; Aussetzung des Vollzuges	490
1.4	Entscheidung über die Beschwerde	492
1.4.1	Keine Abhilfe durch das SG oder den Vorsitzenden; Vorlage ...	492
1.4.2	Entscheidung durch das LSG	492
1.4.3	Kostenentscheidung	494
2.	Erinnerung	494
3.	Anhörungsrüge	496
4.	Verzögerungsrüge	503

XI. KAPITEL

Wiederaufnahme des Verfahrens

1.	Bedeutung im sozialgerichtlichen Verfahren	507
2.	Wiederaufnahme nach § 179	508
2.1	Wiederaufnahme nach dem Vierten Buch der ZPO	508
2.1.1	Rechtskräftig das Verfahren abschließende Entscheidungen	508
2.1.2	Nichtigkeitsklage	509
2.1.3	Restitutionsklage	511
2.1.3.1	Wiederaufnahme nach § 580 Nrn. 1 bis 6 ZPO	511
2.1.3.2	Wiederaufnahme nach § 580 Nr. 7 ZPO	512
2.2	Wiederaufnahme nach § 179 Abs. 2	516
2.3	Vorentscheidungen	516
2.4	Hilfsnatur der Nichtigkeits- und Restitutionsklage	517
2.5	Zuständiges Gericht	517
2.6	Verfahren	518
2.6.1	Zulässigkeit der Klage	518
2.6.2	Begründetheit der Klage	521
2.6.3	Neue Verhandlung	521
2.6.4	Kostenentscheidung, Rechtsmittel	522
3.	Wiederaufnahme bei einander widersprechenden Entscheidungen (§ 180)	522
3.1	Spezifische Art der Wiederaufnahme	522
3.2	Wiederaufnahmegründe	524
3.3	Verfahren	525
4.	Vermeidung von einander widersprechenden Entscheidungen (§§ 181, 182)	527
4.1	Verfahren bei Gefahr unvereinbarer Entscheidungen (§ 181)	528
4.2	Negativer Zuständigkeitskonflikt (§ 182)	530

XII. KAPITEL

Kosten

1.	Verfahren, in denen Kläger oder Beklagter zu den in § 183 genannten Personen gehören	531
1.1	Gerichtskostenfreiheit für privilegierte Personengruppen	531
1.2	Pauschgebühr	535
1.2.1	Gebührensschuldner	535
1.2.2	Entstehen und Höhe der Pauschgebühr	536
1.3	Auslagenvergütung für Beteiligte	537
1.4	Mutwillens- bzw. Verschuldenskosten	541
1.4.1	Adressaten: Beteiligte, Vertreter und Bevollmächtigte	542
1.4.2	Verschleppung, Missbräuchlichkeit	543
1.4.3	Im Verwaltungsverfahren unterbliebene Ermittlungen	547
1.4.4	Entstandene Kosten	548
1.4.5	Entscheidung des Gerichts	550
1.5	Kostenerstattung unter den Beteiligten – Kostengrundentscheidung (§ 193 SGG)	552
1.5.1	Grundsätze der Kostenerstattung	552
1.5.2	Verfahren	556
1.5.2.1	Urteil und gleichgestellte Entscheidungen	556
1.5.2.2	Entscheidung über die Kosten durch Beschluss	558
1.5.2.3	Kostenbestimmung im Vergleich	560
1.5.3	Erstattungsfähige Kosten	560
1.6	Betragsmäßige Festsetzung der zu erstattenden Kosten	564
1.6.1	Antrag; Prüfungsfumfang	564
1.6.2	Rechtsanwaltsgebühren	566
1.6.2.1	Betragsrahmengebühren – Rechtsentwicklung und allgemeine Grundsätze	566
1.6.2.2	Einzelne Gebührentatbestände	569
1.6.2.3	Ausfüllung des Gebührenrahmens	573
2.	Verfahren, in denen weder der Kläger noch der Beklagte zu den in § 183 genannten Personen gehören	579
2.1	Rechtsentwicklung und Grundsätze	579
2.2	Kosten nach dem Gerichtskostengesetz (GKG)	582
2.3	Kostenlast und Kostenerstattung unter den Beteiligten	586
2.3.1	Kostentragungspflicht und Kostenverteilung	586
2.3.2	Kostenentscheidung	591
2.3.3	Erstattungsfähige Kosten	592
2.3.4	Rechtsanwaltsgebühren	593
2.3.4.1	Bemessung der Gebühren nach dem Gegenstandswert	593
2.3.4.2	Einzelne Gebührentatbestände	594
3.	Festsetzung der Kosten durch den Urkundsbeamten; Anrufung des Gerichts	596

**XIII. KAPITEL
Vollstreckung**

1.	Grundsätze, Verweisung.....	601
2.	Vollstreckung zugunsten natürlicher Personen oder juristischer Personen des Privatrechts.....	602
2.1	Vollstreckungstitel.....	603
2.2	Vollstreckbare Ausfertigung, Vollstreckungsklausel, Vollstreckungsgericht.....	604
2.3	Vollstreckung aus Verpflichtungsurteilen.....	605
2.4	Einstweilige Anordnung über die Aussetzung der Vollstreckbarkeit.....	607
2.5	Rechtsmittel.....	608
3.	Vollstreckung zugunsten der öffentlichen Hand.....	609
	Besonderheiten des sozialgerichtlichen Verfahrens in Schlagworten.....	611
	Sozialgerichtsgesetz (SGG).....	619
	Stichwortverzeichnis.....	679